

Am Sonntag wird in Wien gewählt. Vor welchen Herausforderungen steht die Stadt kulturpolitisch?

Es kann sein, dass der Wiener Kulturbetrieb heute eine ähnliche Entwicklung wie die Katholische Kirche erfährt. Nicht schleichend über einen längeren Zeitraum, sondern völlig unerwartet von heute auf morgen. Plötzlich muss der Kulturbetrieb erfahren, dass ihm weite Teile der Gesellschaft (und mit ihr der Politik) nicht mehr die Bedeutung zumessen, die er sich selbst zuschreibt. Die Nachfrage ist zusammengebrochen, ein Geschäftsmodell, dessen Ursprünge aus dem 19. Jahrhundert stammen, ist von einem Tag zum anderen an sein Ende gekommen. Wir haben geglaubt, der Kulturbetrieb, so wie er ist, würde ewig funktionieren. Und doch finden wir uns unversehens auf dem steil abfallenden Pfad, ohne dass wir uns verständigt hätten, einen neuen in Angriff zu nehmen.

Seit zwei Jahren ist Quereinsteigerin Veronica Kaup-Hasler für Kulturpolitik verantwortlich. Wie beurteilen Sie ihre Performance verglichen mit der Zeit davor? (Thema Dezentrale Kulturpolitik)

Kaup-Hasler ist ein großer Gewinn für das Wiener Kulturleben. Sie hat sich als eine verlässliche Anwältin der Interessen der Künstler*innen erwiesen und möchte ihnen mit aller Kraft den Rücken stärken. Dieses Anliegen bildet sich auch im Wahlprogramm der Wr. SPÖ ab, in dem über eine ganze Seite die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen thematisiert werden. Die Vielfalt der Wiener*innen hingegen, die deren Angebot nutzen bzw. in dieses aktiv einbezogen sollen, bleibt im Vergleich dazu blass. Im Überschwang der internationalen Tourismusströme hat der Kulturbetrieb ganz offensichtlich seine Neugierde für die Wiener*innen verloren. Was zur Zeit zählt, ist ausschließlich die Beantwortung der Frage „Wie viele?“ Dass es sich beim Publikum aber um Menschen handelt, die in all ihrer Ausdifferenzierung zumindest eben so viel Aufmerksamkeit verdienen wie die Künstler*innen, daran könnte die Wiener Kulturpolitik angesichts internationaler Partizipationsmodelle noch arbeiten.

Kaup-Hasler will mehr Raum für Kunst und Kultur in den Randbezirken schaffen. Kunst soll Inklusion und Integration fördern. Kann das gelingen oder ist das nur ein frommer sozialdemokratischer Wunsch?

Das Problem beginnt hier bereits mit der Terminologie: In den von Ihnen angesprochenen „Randbezirken“ wohnt die große Mehrheit der Wiener Bevölkerung. Kulturpolitisch müssten sie also vielmehr ins Zentrum rücken. Aus historischen Gründen muss sich Wien mit einer einzigartigen Zentralisierung des Kulturbetriebs innerhalb der Grenzen des Ersten Bezirks herumschlagen. Also sind zumindest einige Kultureinrichtungen dazu übergegangen, nicht nur ihre Türen für in den „Randbezirken“ vermutete „soziale Randgruppen“ zu öffnen, sondern im Rahmen von Outreach selbst den Weg zu den Wiener*innen zu suchen, wo immer sie wohnen. Persönlich neige ich der Ansicht zu, dass Kulturpolitik in ihrem gegenwärtigen Zustand bestenfalls punktuell zu Inklusion und Integration beizutragen vermag. Dafür eignen sich Maßnahmen anderer Politikfelder (Soziales, Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit,...) wesentlich mehr. Aber außerhalb des Gürtels eine flexible kulturelle Infrastruktur zu schaffen, in denen sich Menschen mit Künstler*innen im Rahmen neuer Settings und Formate auf Augenhöhe begegnen können, gehört sicher zu den Hauptaufgaben einer Wiener Kulturpolitik der nächsten Jahre.

In vielen Metropolen wird experimentelle Kunst an die Stadtränder verlegt, wo diese dann eine Parallelexistenz führt, während im Stadtinneren die touristische Musealisierung vorangetrieben wird. Sehen Sie da ein Problem?

Nur weil das „brut“ nach Jahren der Herbergssuche letztendlich in St. Marx eine neue Bleibe finden wird, ist „experimentelle Kunst“ noch nicht an die Stadtränder verlegt. Darüber hinaus ist Kunst - jedenfalls ihre Produktion - immer weniger an örtliche Gegebenheiten gebunden. Viel entscheidender ist doch die Fähigkeit von Künstler*innen, sich auf Experimente einzulassen, die neue Beziehungen und Interaktionsformen mit dem Publikum ermöglichen - in den digitalen Kulturräumen übrigens längst eine Selbstverständlichkeit. Die großen Kulturtanker im Zentrum haben es in der Hand, ob sie weiter warten wollen, bis die Touristenströme „wieder“ anrollen oder ob sie nicht doch ihr Geschäftsmodell überdenken sollten, weil wohl nichts mehr so werden wird, wie es einmal war. Das schließt bauliche Veränderungen durchaus ein.

Sie fordern, dass sich Kulturpolitik und die Kunstproduktion mehr nach der Nachfrageseite, nach den Nutzern, Konsumenten orientieren sollte. Ist das nicht ein sehr marktwirtschaftlicher Zugang, eher dem angelsächsischen System vergleichbar?

Den marktwirtschaftlichen Zugang haben die hoch subventionierten Kultureinrichtungen zuletzt in Perfektion betrieben. Die weitgehende Uniformierung ihres Programmangebotes ist das Ergebnis. Dieser Deal wurde in den Tagen von Covid-19 aufgekündigt, die Nachfrageseite ist weggebrochen. Mein Plädoyer richtet sich nicht danach, dem (potentiellen) Publikum möglichst nach dem Mund zu reden. Sehr wohl aber, es als Ko-Akteur des Betriebs ernster zu nehmen, neugierig zu sein, mehr von ihm wissen zu wollen, ihm neue Partizipationschancen zu eröffnen. Damit würde „Kunst“ zu einem gemeinsamen Anliegen aller Beteiligten; mit dem Schielen auf Quote bzw. Nivellierung hat das gar nichts zu tun, ganz im Gegenteil. Es geht um die Implementierung längerfristiger Kooperationsformen zur Verbreiterung der Trägerschaft. Das erfordert ein institutionelles Umdenken, ist mühsam, braucht Zeit und ist doch unumgänglich.

Kunstschaffende werden sich in ihrer Autonomie gegängelt fühlen, wenn sie sich zu sehr an Publikumswünschen orientieren sollen.

Immer mehr Künstler*innen fühlen sich in diesen Tagen in ihrer Existenz bedroht. Die meisten von ihnen wären nur zu gerne bereit, ihre Autonomieansprüche auf diejenigen auszuweiten, mit denen ihr Schaffen erst zu dem wird, was sie intendieren: eine gemeinsame Kunsterfahrung auf Augenhöhe. Die Monstranz der Autonomie ist zur Zeit nicht von Versuchen eines neuen Miteinander von Künstler*innen und an ihrem Schaffen Interessierten bzw. Beteiligten gefährdet, sondern von politischen Interventionsversuchen, wie wir sie zur Zeit in unserem Nachbarland Ungarn beobachten können.

Durch Denkmalstürze im Zuge von Black Lives Matter wurde auch das Karl-Lueger-Denkmal wieder zum Thema gemacht. Wie stehen Sie dazu?

Ich freue mich darüber! Mit dieser Initiative erfüllt ein Denkmal endlich wieder seinen herausragenden Zweck. Dieser besteht für mich darin, den Streit um unterschiedliche gesellschaftspolitische Positionen zu befördern. Mit oder ohne Hinweistafel wird seither Lueger nicht mehr bloß affirmiert; stattdessen rückt der Antisemitismus im „Melting Pot Wien“ des beginnenden 20. Jahrhunderts als Referenz aktueller Stadtentwicklung in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Persönlich würde mir nach wie vor die irritierende

Neigung, wie sie Studierende der Angewandten bereits vor 10 Jahren vorgeschlagen haben, gefallen. Die jetzige Auseinandersetzung aber ist noch besser, wenn es gelingt, mit Hilfe des umkämpften Denkmals das Bild dieses Populisten der ersten Generation in möglichst vielen Köpfen zurecht zu rücken. Die gegenwärtige „Schandwache“ schafft dafür gute Voraussetzungen.

Bei einer Protestaktion von Gegnern des Denkmals kam es jüngst zu einer Gegenaktion der rechtsextremen Identitären. Deren Strategie ist es, linken Aktionismus auf rechts gedreht zu kopieren. Wie konnte es zu einer solchen Polarisierung, wie wir sie heute erleben, kommen?

Die Verschärfung der Logik der Konkurrenzgesellschaft hat notwendigerweise die Teilung der Menschen in Gewinner*innen und Verlierer*innen zur Folge. Der Traum von einer „nivellierenden Mittelstandsgesellschaft“ ist ausgeträumt; stattdessen erleben wir eine Phase der Polarisierung, eine gute Grundlage für das Wiederaufkommen rechtsextremer Bewegungen. Weite Teile des Kulturbetriebs haben diese politische Entwicklung noch nicht wirklich antizipiert. Der Verlust des kultur-politischen Diskurses hat ihn auf ein Nischen-Dasein verwiesen, woraus er immer wieder seine Bedeutung beteuert ohne noch einmal signifikante Beiträge zu brennenden Problemen der Zeit wie Demokratieverlust und Populismus, soziale Polarisierung, Klimakrise, Zuwanderung, Digitalisierung oder eben jetzt zur Gesundheitskrise erbringen zu können. Und doch leben wir mitten in einer umfassenden Transformation, an der der Kulturbetrieb lebhaften Anteil nehmen könnte und sollte. Gerade jetzt müssten „die Fetzen fliegen“, und sei es drum, die Identitären dorthin zurück zu jagen, wo sie hergekommen sind.

Kann man wirklich mit Rechtsextremen streiten, wo sie wie Rechtspopulisten doch auf eine Zerstörung der offenen Gesprächskultur abzielen?

Weite Teile der Zerstörung einer offenen Gesprächskultur hat die gegenwärtige Verengung des liberalen Diskurses selbst zu verantworten: Cancelling Culture oder die Forderung nach Political Correctness bilden zunehmend das autoritative Spiegelbild dessen, was Demokrat*innen bei den Rechtsextremen zu Recht ablehnen. Ich halte es da lieber mit den Prinzipien einer „wehrhaften Demokratie“, die um ihre Stärke weiß und bereit ist, wo immer notwendig, mit aller Kraft ihren Feinden entgegen zu treten.

Kultur ist ethnisch verstanden zu einem Kampfbegriff der Neuen Rechten geworden. Hat die liberale Mitte beim Thema Migration Versäumnisse zu verantworten?

Der kulturpolitische Diskurs ist in den letzten Jahren weitgehend zusammengebrochen. Spätestens mit der Zusammenlegung der Kunst- mit der Kultursektion im BKA 2015 hat staatliche Kulturpolitik zu erkennen gegeben, dass sie kein inhaltliches Anliegen mehr hat, sondern sich auf das Verwalten des Bestehenden beschränken möchte. Die Rechtspopulist*innen haben dieses Vakuum virtuos aufgegriffen und den kulturpolitischen Diskurs für sich vereinnahmt. Seither müssen wir uns wieder herumschlagen mit essentialistischen Kulturvorstellungen, die darauf abstellen, Menschen unversöhnlich gegeneinander zu stellen und sich so wunderbar zur Übertünchung der wachsenden sozialen Konflikte eignen. Gerade in dieser Zeit waren weite Teile des Kulturbetriebs kulturpolitisch orientierungslos darauf verwiesen, sich selbstreferentiell im Kreis zu drehen, um in diesen Tagen umso härter auf dem Boden der neuen Realitäten aufzuschlagen.

Also hätte die liberale Mitte das Thema Migration und Integration offensiver ansprechen und problematisieren sollen? Es nicht vom Tisch wischen, sondern auch kulturpolitisch nach Lösungen suchen?

Mein Problem ist, dass das, was Sie "liberale Mitte" mit seinem tendenziell alle anderen ausgrenzenden kulturellen Habitus nennen, zunehmend an den gesellschaftlichen Rand gerückt ist. Sie ist nicht mehr repräsentativ für die Vielfalt der österreichischen Bevölkerung. Nicht unzufällig haben Kurz und Co mit "Kultur" so gar nichts mehr auf dem Hut. Der Kulturbetrieb hat es jedenfalls verabsäumt, den demographischen Veränderungen hinreichend Rechnung zu tragen oder gar neue Allianzen mit den zunehmen vielfältigen Milieus mit ihren ganz unterschiedlichen kulturellen Vorlieben zu schließen. Soweit ich das überblicke, haben sich z.B. in den letzten Jahren eigene türkische und serbische Kulturszenen herausgebildet, ohne dass das von der Kulturpolitik auch nur zur Kenntnis genommen worden wäre. Mit dieser Ignoranz befördert die Kulturpolitik genau jene Parallel-Gesellschaft, die sie andernorts zu bekämpfen vorgibt.

Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, dass der Kulturbetrieb als Paradebeispiel sozialer Ungleichheit gelten muss: Ein the-winner-takes-it-all-Markt mit wenigen großen Profiteuren und einer Heerschar an Prekarisierten. Was muss sich nach der Pandemie konkret ändern?

Wir erleben in diesen Tagen das Ende des Kulturbetriebs, wie wir ihn kennen und lieben. Die Geschichte des Zusammenbruchs der Verstaatlichen Industrie vor nunmehr 30 Jahren könnte uns zu denken geben: Die Beharrungskräfte für das Bestehende werden sich nochmals aufbäumen und doch wird kein Stein auf dem anderen bleiben. Viele Akteur*innen, vor allem aus dem freien Bereich werden aufgeben und sich eine andere Beschäftigung suchen müssen. Gestärkt aus der Krise werden einerseits diejenigen gehen, die sich als Erinnerungsstücke einer vermeintlich besseren Vergangenheit in die eigene Musealisierung retten können. Und andererseits diejenigen, die es verstehen, näher an die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen zu rücken und mit ihnen neue Formate und Settings zu erproben. Vorgefasste Rezepte dafür gibt es nicht; Jetzt wäre der Zeitpunkt für eine Kulturpolitik, die dazu ermutigt, Experimente zu wagen, Neues auszuprobieren, vielfach zu scheitern und doch am Ende herauszufinden, dass die Beschäftigung mit Kunst für Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft noch nie so wichtig war wie gerade jetzt.